



Pressemitteilung

Berlin / Lissabon, 9. Juni 2021
Seite 1 von 3

Europäischer Drogenbericht 2021 erschienen Konsum von Cannabis und anderen psychoaktiven Substanzen während Corona im privaten Umfeld gestiegen – Rückgang bei Konsum im Partysetting

Hausanschrift

Unter den Linden 21, 10117 Berlin

Postanschrift

11055 Berlin

Tel. +49 (0)30 18441-2241

Fax +49 (0)30 18441-4960

saskia.solar@bmg.bund.de

www.drogenbeauftragte.de

Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) hat heute den Europäischen Drogenbericht für 2021 veröffentlicht. Dieser enthält neben aktuellen Daten zur Situation illegaler Drogen in der Europäischen Union auch Daten aus Norwegen und der Türkei. Der Bericht gibt einen Überblick über die neuesten Zahlen zu Drogenkonsum und Trends, Angebot und Märkten sowie Prävention, Schadensminimierung, Behandlung und Strafverfolgung.

28,9 % Prozent der Bevölkerung beziehungsweise 83 Millionen Menschen haben schon einmal illegale Drogen konsumiert. Die häufigste Droge bleibt dabei Cannabis. Hier gehen die Zahlen in den Ländern jedoch stark auseinander. Während in Malta 4 % der Bevölkerung schon einmal Cannabis ausprobiert haben, sind es in Frankreich 45 %. Die zweithäufigste illegale Droge ist Kokain.

Während der Pandemie hat sich auch der Drogenmarkt verändert: Weniger Straßenverkäufe, dafür mehr Onlinehandel und eine verbreitetere Nutzung privater Messengerdienste. Im Bereich der organisierten Drogenkriminalität erfolgte ein Umschwung von den Handelswegen per Land auf Seewege mithilfe von Containerschiffen.

Dazu die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Daniela Ludwig: „Die Pandemie hat auf fast alle Bereiche unserer Gesellschaft massive Einwirkungen. Nicht nur in Deutschland, überall. Der vorliegende Bericht zeigt erstmalig, wie sich der Konsum illegaler Drogen in Europa verändert hat. Diejenigen, die bereits vor Corona konsumiert haben, haben eher mehr konsumiert. Bei den Gelegenheitskonsumenten beobachten wir jedoch einen Rückgang. Ebenso – hervorgerufen durch diverse Lockdowns – auch einen massiven Rückgang beim Konsum in Party- und Nachtleben. Wichtiger denn je ist es, diese Trends im Auge zu behalten und weiter volles Engagement sowohl bei der europäischen, als auch bei der weltweiten



Berlin / Lissabon, 9. Juni 2021

Seite 2 von 3

Zusammenarbeit im Vorgehen gegen illegale Drogen zu zeigen. Das gilt gleichermaßen für Prävention, aber auch für die Strafverfolgung.“

Das „Early Warning System“ der EU und das neu gestartete „NEWS“ Projekt in Deutschland sind wichtige Instrumente, um rasch neue Drogentrends oder Drogenzusammenstellungen auf dem Markt zu erkennen. Um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden setzt die neue EU-Drogenstrategie neben starken sicherheitspolitischen Maßnahmen zur Verringerung des Drogenangebots verstärkt auf gesundheitspolitische Maßnahmen zur Prävention, Behandlung und Schadensminimierung sowie übergreifende Themen wie Internationale Zusammenarbeit, Forschung und Koordinierung.

Die Leiterin der Deutschen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht, Esther Neumeier: „Wir haben mit dem Europäischen Drogenbericht einen ersten Einblick bezüglich der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Drogenkonsum und die Drogenmärkte. Dennoch fehlen uns detailliertere Daten, beispielsweise zur Situation Wohnungsloser, Menschen mit finanziellen Problemen oder zum Konsum der Jugendlichen. Wir brauchen für die Zukunft belastbare Daten, um Entwicklungen, die während der Pandemie stattgefunden haben und vielleicht auch weiterhin stattfinden abzubilden, damit in der Praxis entsprechende Hilfen gestellt werden können. Der Umgang mit den „Corona-Folgen“ wird uns noch einige Jahre beschäftigen.“

Während der ersten Welle in der Coronapandemie war die Versorgung Suchtkranker in vielen EU-Staaten stark eingeschränkt. In Deutschland konnten die Angebote vergleichsweise schnell stabilisiert werden. Dazu hat, mit Blick auf die Substitutionsbehandlung für opiatabhängige Menschen, beigetragen, dass die Bundesregierung die einschlägige Verordnung kurzfristig an die Pandemiesituation angepasst hat. Eine Fortgeltung der pandemiebezogenen Regeln um weitere drei Monate soll am 10. Juni im Deutschen Bundestag beschlossen werden.



Berlin / Lissabon, 9. Juni 2021

Seite 3 von 3

Zum europäischen Drogenbericht:

https://www.emcdda.europa.eu/system/files/publications/13838/2021.2256_DE0906.pdf

Informationen zum „EWS-Projekt“

https://www.emcdda.europa.eu/publications/topic-overviews/eu-early-warning-system_en

Weitere Informationen auch unter www.drogenbeauftragte.de